

Az.: 10.24.10

Korrekturblatt

zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 08.06.2011

Grund der Korrektur:

Falsche Übertragung aus der Wahl Niederschrift durch Schreibfehler

Die Korrektur erfolgt: im TOP 8.6 Beschlussvorlage B-148/2011
Seite 20

Im TOP 8.7 Beschlussvorlage B-149/2011
Seite 23

TOP 8.6 – Beschlussvorlage B-148/2011

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 52
abgegebene Stimmen: 52

davon
gültige Stimmen: 50
ungültige Stimmen 2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1: 14 Stimmen
Wahlvorschlag 2: 14 Stimmen
Wahlvorschlag 3: 13 Stimmen
Wahlvorschlag 4: 9 Stimmen

Der Wahlvorschlag 5 entfällt.

TOP 8.7 – Beschlussvorlage B-149/2011

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 52
abgegebene Stimmen: 52

davon
gültige Stimmen: 51
ungültige Stimmen 1

30.06.2011 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

30.06.2011 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin

Az.: 10.24.10

Korrekturblatt

zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 08.06.2011

Grund der Korrektur:

Schreibfehler

Die Korrektur erfolgt: im TOP 8.4 Beschlussvorlage B-146/2011
Seite 13, 1. Absatz

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1:	10 Stimmen
Wahlvorschlag 2:	13 Stimmen
Wahlvorschlag 3:	5 Stimmen
Wahlvorschlag 4:	10 Stimmen
Wahlvorschlag 5:	7 Stimmen
Wahlvorschlag 6:	6 Stimmen

28.06.2011 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
 Vorsitzende
 des Stadtrates

27.06.2011 *Seidel*
Datum Seidel
 Schriftführerin

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 08.06.2011

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr – 19:30 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	51	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

entschuldigt

Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	dienstlich
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE	Urlaub
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion	dienstliche Verpflichtungen
Frau Yvonne Weber	Fraktion DIE LINKE	krank
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	Urlaub

nachträglich entschuldigt

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Kai Rösler	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Urlaub
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstlich

verspätetes Erscheinen

Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:42 Uhr; TOP 6; dienstlich
Herr Dr. Eberhard Langer	Fraktion DIE LINKE	15:22 Uhr; TOP 5; dienstlich

frühzeitiges Verlassen

Herr Eckehard Bauer	SPD-Fraktion	19:19 Uhr; TOP 8.15; Veranstaltung Handwerk
Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktion FDP	20:20 Uhr; TOP 4; geschäftlich
Herr Wolfgang Höhnel	CDU-Ratsfraktion	19:15 Uhr; TOP 8.15; gesundheitliche Gründe
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion	19:20 Uhr; TOP 8.15; privat
Herr Dr. Eberhard Langer	Fraktion DIE LINKE	20:05 Uhr; TOP 4; persönlich
Herr Jürgen Leistner	CDU-Ratsfraktion	18:28 Uhr; TOP 8.15; medizinische Gründe
Herr Wolfgang Meyer	Fraktion FDP	20:05 Uhr; TOP 4; dienstlich

beratend Teilnehmende

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Andreas Stopke	Ortsvorsteher Klaffenbach
Frau Petra Wessler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Annekatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Katrin Kretzschmar	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Ingeburg Ludwig	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Sabine Widmann	Abteilungsleiterin Abt. 30.1

Fraktionsangestellte

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass Frau Bürgermeisterin Lüth wegen Krankheit für die heutige Sitzung entschuldigt ist.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig zieht auf Wunsch der Fraktionen die Beschlussvorlage B-095/2011 (TOP 8.14) von der Tagesordnung zurück.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) beantragt die Beschlussvorlage B-185/2011 (TOP 8.2) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und in der Sitzung des Stadtrates am 06.07.2011 zu behandeln. Er begründet dies damit, dass der Stadtrat die Pflicht habe, Bürgerbegehren umfassend zu prüfen, was nach Auffassung seiner Fraktion einschließe die für nicht gültig erklärten Stimmen zu überprüfen. Der Stadtrat konnte dieser Prüfung jedoch bisher nicht nachkommen, da noch keine Akteneinsicht erfolgen konnte.

Herr Bürgermeister Runkel denkt, dass das Prüfungsrecht nicht so weit gehe, dass alle Stimmen durch den Stadtrat überprüft werden. Das Misstrauen gegen die Zählung sei nicht gerechtfertigt. Im Übrigen bestehe nach der Akteneinsicht die Möglichkeit der Anfechtung. Er empfiehlt die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) sagt, dass der Stadtrat in der Tat das Bürgerbegehren nicht geprüft, sondern sich auf den Vorschlag der Verwaltung verlassen habe. Insofern werde das Zählergebnis nicht angezweifelt. Er möchte aber wissen, was das Prüfungsrecht des Stadtrates dann bedeute, was der Stadtrat formal tun müsse, um dem Prüfungsauftrag gerecht zu werden.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass es hierzu keine konkreten Bestimmungen gebe und somit auslegbar sei.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) unterstützt den Antrag auf Absetzen der Beschlussvorlage. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die fehlerhafte Auszählung zur Landtagswahl, welche eine Korrektur erforderlich machte. Insofern sehe sie den Prüfauftrag für die Stadtratsmitglieder in einer stichpunktartigen Überprüfung der Unterschriften vor der Entscheidung über die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens.

Herr Bürgermeister Runkel meint, dass die Stimmenauszählung zur Landtagswahl nicht vergleichbar sei mit der Zählung der Unterschriften durch die Behörde.

Die Frage von **Herrn Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP)**, ob bis zum heutigen Zeitpunkt ein Stadtrat von seinem Recht, die Stimmen nachzuzählen, Gebrauch gemacht habe, wird von **Herrn Bürgermeister Runkel** verneint.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) stellt klar, dass die Einsichtnahme in die Akten noch gar nicht erfolgen konnte, da seitens der Verwaltung noch keine Information vorliege, wann und wo die Einsicht erfolgen könne.

Abstimmung über den Antrag die Beschlussvorlage B-185/2011 von der Tagesordnung abzusetzen

**Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt
(25 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) beantragt Nichtbefassung zum Beschlussantrag BA-013/2011 (TOP 10.3).

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung des Beschlussantrages BA-013/2011

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)**

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) beantragt Nichtbefassung des Beschlussantrages BA-010/2011 (TOP 10.2).

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung des Beschlussantrages
BA-010/2011

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (46 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

Die Tagesordnung ist mit den genannten Änderungen festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des
Stadtrates - öffentlich - vom 04.05.2011
-

Es liegt keine Einwendung vor. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich -
vom 04.05.2011
-

Der Stadtrat wählte mit Beschluss B-115/2011 Frau Dube als Leiterin des Tierparks
Chemnitz zum frühestmöglichen Termin.

- 5 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Entwicklung der Innenstadt

Der Um- und Ausbau am RAWEMA-Gebäude ist in vollem Gange. Im Laufe des
Sommers sollen die Geschäfte nach und nach wieder einziehen. Das Vordach zur
Seite der Straße der Nationen ist montiert. Zum Schutz der Platanen wurde mit der
Firmengruppe Kellenberger eine Vereinbarung über die dauerhafte fachgerechte
Pflege der Bäume abgeschlossen.

Auf dem Johannesplatz ist die Enthüllung des Saxonia- Brunnens in Vorbereitung.
Das Grünflächenamt schließt den 1. Bauabschnitt des Walls rechtzeitig ab. Zum 2.
Brunnenfest am 02.07.2011 wird der Saxonia-Brunnen der Öffentlichkeit übergeben
werden, welchen Herr Kellenberger auf eigene Kosten wieder herrichten lassen hat.
Der Beginn des 2. Bauabschnitts des innerstädtischen Walls ist für Ende Septem-
ber/Anfang Oktober vorgesehen. Im November des nächsten Jahres soll der ge-
samte Wall fertig sein.

Im Gebäude der Jugendherberge werden gegenwärtig die Heizungs- und Sanitär-
arbeiten durchgeführt. Außerdem wird ein hofseitiger Anbau des zukünftigen
Küchentraktes begonnen.

Der Freistaat Sachsen hat eindeutig Position zur Chemnitzer Innenstadt bezogen.
Er möchte präsenter sein und in die Chemnitzer Innenstadt investieren. Damit
nehmen die Planungen zur Entwicklung des innerstädtischen Universitätsquartiers
weiter Gestalt an. Der durch das Land Sachsen zugesagte Umbau der Aktienspin-
nerei zur Zentralbibliothek der Universität ist dafür ein erster Meilenstein. Neben
diesem Umbau plant der Freistaat einen Umzug von Teilen der Technischen Uni-
versität in die Nähe des jetzigen Hauptgebäudes der Universität. Dazu gehören
unter anderem die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und die Mensa. Diese
Zusage zieht weitere Investitionen nach sich.

Die GGG hat bereits mit einem Haus am Brühl begonnen, welches fast vermietet ist. In diesem Jahr wird ein zweites dazukommen, wo vor allem auch junges und studentisches Wohnen eine Rolle spielen wird. Weitere Pläne des Finanzministers sind die Zentralisierung der in Chemnitz angesiedelten Landesbehörden im Zentrum.

Gegenwärtig läuft ein Architekturwettbewerb zur Umgestaltung der Stadthalle zu einem modernen Kongresszentrum. Ein Gremium, welches aus Stadträten und Bürgermeistern besteht, hat aus 220 Bewerbern 25 Büros ausgewählt. Die Arbeiten werden am 22.08.2011 einem Preisgericht vorgestellt. Im September 2011 werden die Siegerentwürfe öffentlich präsentiert.

Landesbehörden

Die sächsische Staatsregierung hat das Standortgesetz auf den Weg gebracht. Es befindet sich gegenwärtig in der Anhörungsphase im sächsischen Landtag. Die Oberbürgermeisterin bittet die Chemnitzer Landtagsabgeordneten, die auch Stadträte sind, sich in diesem Verfahren aktiv einzubringen. Der Standort der Landesdirektion Sachsen mit Sitz des Präsidenten soll ab dem Jahre 2013 ausgebaut werden. Ebenfalls ab 2013 soll der Umbau des Führungs- und Lagezentrums in der Polizeidirektion Chemnitz beginnen. Ab 2019 bis 2022 soll der Sitz des Landesamtes für Archäologie nach Chemnitz verlegt werden. Gegebenenfalls können hier Zwischenschritte gegangen werden, so dass der Sitz des Amtes mit den dafür notwendigen Mitarbeitern etwas vorgezogen werden kann.

Verleihung des Stefan-Heym Preises

Im Jahre 2011 findet die Verleihung erstmals im Zusammenhang mit einer wissenschaftlichen Konferenz in Chemnitz statt, die sich mit dem Leben und Werk des großen Schriftstellers befasst. Organisiert wird sie von der internationalen Stefan-Heym-Gesellschaft in Kooperation mit dem Kulturbüro. Als Laudator konnte der Journalist und ehemalige Intendant des WDR und Vorsitzenden der ARD, Fritz Pleitgen gewonnen werden. Am 01.07.2011 wird in einem Festakt der Preisträger Bora Cosic geehrt werden.

Einführung „Mandatos“

Der Stadtrat hat im Jahr 2010 die Einführung des Modellprojektes „Mandatos“ beschlossen. In der heutigen Sitzung arbeiten erstmals ca. 20 Stadtratsmitglieder mit Laptops, um die digitale Stadtratsarbeit zu testen.

Vorschlag der Verwaltung zur Situation zum Bau der Wittgensdorfer Straße

Die Wittgensdorfer Straße gehört zu den schlechtesten Straßen der Stadt Chemnitz. Der Bauausführungsbeschluss wurde durch den Stadtrat beschlossen. Doch leider erhält die Stadt Chemnitz nicht die geplanten Fördermittel für den Ausbau. Die Verwaltung hat entschieden, aufgrund des Zustandes der Straße zunächst mit dem Bauabschnitt Wittgensdorfer Straße 35 bis zur Brücke Deutsche Bahn AG mit den Eigenmitteln zu beginnen, da dies der schlechteste Abschnitt der Straße ist. Es werde dabei weiterhin auf die Bereitstellung von Fördermitteln gehofft, um so die gesamte Straße bauen zu können.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Stadtrat für mehrere Bereiche hauptamtliche Beauftragte bestellt habe, damit bestimmte Bevölkerungsschichten eine stärkere Interessenvertretung erhalten. Nun musste der Stadtrat zur Kenntnis nehmen, dass die Stellung der Beauftragten in Zweifel gezogen werde und die Beauftragten ehrenamtlich eingesetzt werden könnten. Dies ergäbe jedoch eine deutliche Schwächung der Stellung der Beauftragten. Bereits jetzt werde über eine ungenügende Einbeziehung durch die Verwaltung bei der Erarbeitung von Vorlagen und dergleichen geklagt. Es gehe aus Sicht seiner Fraktion darum, die Beauftragten zu stärken, indem verbindliche Regelungen geschaffen werden, welche klar festlegen, in welchem Maße die Beauftragten einbezogen werden müssen.

Als Weiteres möchte er wissen, warum bei der kommerziellen Nutzung des Theaterplatzes auf die Erhebung von Gebühren verzichtet werde, wogegen alle anderen gemeinnützigen Vereine, welche Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen durchführen, Nutzungsgebühren entsprechend Gebührenkatalog zahlen müssen. Dieser Widerspruch sei für seine Fraktion nicht hinnehmbar.

Abschließend kritisiert er das Fällen von Bäumen durch das Grünflächenamt ohne Genehmigung. Daraus ergebe sich, dass das Verwaltungshandeln für Bürger nicht nachvollziehbar und verständlich genug sei. Dem sei dringend Abhilfe zu schaffen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) macht Ausführungen zum Klimawandel. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die sächsischen Kommunen über den Finanzausgleich und eigene Einnahmen in diesem Jahr 113 Mio. € und 2012 167 Mio. € höhere Einnahmen haben werden als im Jahr 2010. Aus Sicht seiner Fraktion sei es verpflichtend, einen Großteil dieser Mehreinnahmen für Investitionen in den Klimaschutz einzusetzen. Hierzu nennt er Beispiele, wo das Geld dringend investiert werden sollte. Er erinnert an den Antrag seiner Fraktion zur Fusion der Stadtwerke mit der Erdgas Südsachsen GmbH zur Gründung eines Investitionsfonds für Klima- und Wasserschutz. Er stellt fest, dass bis heute diese Empfehlung des Stadtrates nicht umgesetzt wurde, obwohl vom damaligen Stadtkämmerer im Zusammenhang mit der Fusion erklärt wurde, dass die Einflussmöglichkeiten für wichtige Unternehmensentscheidungen für die Stadt Chemnitz bestehen bleiben. Er fragt, wann die Stadt endlich ihre Einflussmöglichkeiten geltend mache, um diesen Stadtratsbeschluss umzusetzen.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) spricht zum Beschlussantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Durchführung eines Bürgerentscheides. Er stellt fest, dass der Stadtrat mit breiter Mehrheit das neue Grundschulnetz beschlossen habe und auf dieser Basis in allen Grundschulen der Stadt in diesem Jahr eine 1. Klasse gebildet werden könne. Das vom Kreiselternrat initiierte Bürgerbegehren erhielt nicht das erforderliche Quorum. Seiner Fraktion war es mit dem damaligen Beschluss wichtig, ein Zeichen für alle Eltern und Kinder in Chemnitz zu setzen und nicht jene aus verschiedenen Ortschaften auszugrenzen. Er kritisiert, dass die einreichenden Fraktionen des Beschlussantrages ihre Verantwortung abwälzen und einen Bürgerentscheid, der voraussichtlich eine sechsstellige Summe kosten werde, anstrengen. Dabei sei in diesem Fall bereits absehbar, dass der Bürgerentscheid sein Ziel wohlmöglich nicht erreichen werde, da hierfür mehr als 50.000 Unterschriften erforderlich seien. Wie unwahrscheinlich es sei, dies zu erreichen, dürfte nach nicht einmal 10.000 zusammengetragenen Unterschriften für das Begehren deutlich geworden sein.

Er stellt klar, dass die CDU-Ratsfraktion nicht gegen direkte Demokratie sei. Sie halte aber an ihrer Auffassung fest, dass das neue Schulnetz der richtige Weg zum Wohle aller Eltern und Schüler in allen Teilen der Stadt sei. Die drei einreichenden Fraktionen verstecken sich stattdessen hinter den Vorstellungen des Kreiselternrates, welcher nur für einen Teil der Chemnitzer Eltern eintrete und ländliche Schulen wissentlich abschreibe. Diese Fraktionen könnten die Rückkehr zu den alten Schulbezirken durchsetzen, ohne die enormen Mehrkosten herbeizuführen. Dazu müssten sie sich dann jedoch auch bekennen.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) betont, dass es mit dem Beschlussantrag nicht um Populismus und nicht darum gehe, einseitig dem Wunsch des Kreiselternrates zu folgen. Das Thema sei aber so brisant, dass an dieser Stelle abschließend die Bürger der Stadt Chemnitz entscheiden sollten. Die SPD-Fraktion werde allerdings in diesem Bürgerentscheid vehement für das derzeit bestehende Schulnetz werben. Es gehe darum, bei diesem Thema einen Bürgerentscheid möglich zu machen, da eine endgültige Entscheidung getroffen werden müsse.

7 Petition

Qualitätsstandards in Kindertagesstätten sowie einkommensgerechte Erhebung der Beiträge

Vorlage: P-001/2011

Einreicher: Frau Melanie Heitbreder aus Chemnitz im Auftrag des Elternrates der Kindertagesstätte Pfiffikus

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss P-001/2011

1. Der Stadtrat beschließt,
 - die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung herausgegebenen Qualitätsstandards in die Satzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege aufzunehmen,
 - die Subventionierung der Verpflegung in Kindertagesstätten zu erhalten.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit einer einkommensgerechten Erhebung der Elternbeiträge zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen,
8 Stimmenthaltungen)**

8 Beschlussvorlagen

8.1 Bestellung des Fachbediensteten für das Finanzwesen

Vorlage: B-160/2011

Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 11

Zur Wahl steht Herr Bürgermeister Brehm.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(34 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-160/2011

Der Stadtrat bestellt gemäß § 62 SächsGemO Herrn Bürgermeister Berthold Brehm mit sofortiger Wirkung als Fachbediensteten für das Finanzwesen. Er trägt die Amtsbezeichnung Stadtkämmerer.

- 8.2 Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrages auf Durchführung eines Bürgerentscheides (Bürgerbegehren) "ERHALT GRUNDSCHULEN - KURZE WEGE FÜR KLEINE BEINE!"
Vorlage: B-185/2011 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30
-

Herr Bürgermeister Runkel führt aus, dass es nach den Bestimmungen der Sächsischen Gemeindordnung klare Regelungen für die Durchführung eines Bürgerbegehrens gebe. Das Bürgerbegehren habe das erforderliche Quorum nicht erreicht und erfülle insoweit nicht die Voraussetzungen für die Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 24 Sächsische Gemeindeordnung. Somit sei die Zulässigkeit abzulehnen. Er weist darauf hin, dass mit der Ablehnung des Bürgerbegehrens kein Bürgerentscheid durchgeführt werde. Er macht darauf aufmerksam, dass die Oberbürgermeisterin einem Beschluss, mit welchem der Stadtrat das Bürgerbegehren nicht ablehne, widersprechen müsse.

Beschluss B-185/2011

Der Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides (Bürgerbegehren) „ERHALT GRUNDSCHULEN – KURZE WEGE FÜR KLEINE BEINE!“ ist unzulässig und wird daher zurückgewiesen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
(11 Stimmenthaltungen)**

- 8.3 1. Verordnung zur Änderung der Polizeiverordnung der Stadt Chemnitz gegen umweltschädliches Verhalten und Lärmbelästigung zum Schutz vor öffentlichen Beeinträchtigungen sowie über das Anbringen von Hausnummern
Vorlage: B-139/2011 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
-

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass seine Fraktion die Polizeiverordnung aus Prinzip ablehnen werde, da die Regelungswut immer größer werde. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brauche Chemnitz keine Polizeiverordnung, da die Stadt nicht dazu verpflichtet sei und am Ende kein Bürger die Polizeiverordnung genau kennen werde.

Beschluss B-139/2011

Der Stadtrat beschließt die 1. Verordnung zur Änderung der Polizeiverordnung der Stadt Chemnitz gegen umweltschädliches Verhalten und Lärmbelästigung, zum Schutz vor öffentlichen Beeinträchtigungen sowie über das Anbringen von Hausnummern gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

8.4 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH
Chemnitz
Vorlage: B-146/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 20

Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP) spricht zu allen vorliegenden Beschlussvorlagen, welche die Wahl von Aufsichtsräten beinhalten. Die Fraktion FDP sehe keine Notwendigkeit darin, auch die Aufsichtsratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates neu zu wählen, da lediglich ein Verwaltungsvertreter aus dem Aufsichtsrat ausscheide. Unverständlich für seine Fraktion sei, aus welchem Grund die Verwaltung alle vom Stadtrat in den Aufsichtsgremien entsandten Vertreter neu wählen lassen möchte. Zum Teil seien in den Gesellschaftsverträgen ausdrücklich die Verwaltung durch die Oberbürgermeisterin und weiter zu benennende Vertreter sowie die Zahl von Stadträten fixiert. Wenn nun in den vorliegenden Fällen der Kämmerer wechselt, erscheine es logisch, dass auch explizit nur dieser neu gewählt oder entsendet werde. Das Anliegen der Fraktion FDP begründe sich nicht zuletzt im Streben nach Kontinuität der Arbeit in Gremien und nicht in einem beliebigen Tausch des Personals in der Amtszeit. Das Argument, dass zur Wahrung des Parteienproporz eine Neubestellung aller Aufsichtsratsmitglieder erforderlich sei, könne nicht akzeptiert werden, da die Nachwahl des Kämmerers nichts mit dem Parteienproporz zu tun habe. In den Gesellschaften, bei denen durch Satzung geregelt werde, wer von der Verwaltung im Aufsichtsrat auf Grund seiner Funktion geborenes Mitglied sei, sei somit nur die Entsendung der Person in dieser Funktion notwendig. In den Gesellschaften, in denen dies nicht ausdrücklich so bestimmt ist, entscheide der Stadtrat, wer als Vertreter in den Aufsichtsrat entsandt werde. Deshalb bittet die Fraktion FDP vor jeder Wahlhandlung um Information, was in der jeweiligen Satzung zur Besetzung des Aufsichtsrates geregelt sei. **Herr Konrad** erklärt abschließend, dass seine Fraktion bereits jetzt einer Einigung zu den Aufsichtsratswahlen widerspreche und sich eine gerichtliche Nachprüfung vorbehalte.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) erinnert, dass das von der Verwaltung vorgeschlagene Wahlverfahren bisher übliche Praxis war. Falls es jedoch eine neue Rechtslage gebe, wünscht er Ausführungen von Herrn Bürgermeister Runkel hierzu.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass zu dieser Problematik bereits 2007 eine Prüfung durch das Rechtsamt gemeinsam mit dem damaligen Regierungspräsidium in Abstimmung mit dem Sächsischen Innenministerium erfolgte. Damals sei man zu der Überzeugung gekommen, dass die Abberufung der verbleibenden Mitglieder in Aufsichtsgremien zwingend erforderlich sei, um die Einheitlichkeit der Wahl zu gewährleisten. Denn mit einer Neubesetzung lediglich der ausscheidenden Person, würde sich der Stadtrat selbst die Möglichkeit nehmen, in diesem Fall eventuelle Änderungen von bisher praktizierten Verfahrensweisen vorzunehmen. Dem Stadtrat sei es unbenommen zu entscheiden, wie viele Mitglieder aus den Reihen des Stadtrates bzw. wie viele Verwaltungsmitarbeiter er entsendet. Hierbei sei nicht maßgeblich, was im Gesellschaftsvertrag stehe, sondern grundsätzlich die Bestimmungen der Gemeindeordnung. Demnach müssen sich ausdrücklich auch der Bürgermeister und die weiteren Verwaltungsvertreter zur Wahl stellen, weil er nicht kraft Gesetzes Mitglied im Aufsichtsrat sei.

Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP) fragt ob es bei dem Sachverhalt aus dem Jahr 2007 um einen Stadtrat oder um einen Verwaltungsvertreter ging.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, dass der Grundsatz gleich sei und zur Wahrung der Einheitlichkeit zu wählen sei.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) drückt ihre Verwunderung über die angekündigte Klage aus, da die Fraktion FDP wegen der Verletzung der Spiegelbildlichkeit zu Anfang dieser Wahlperiode geklagt habe und ausgerechnet jetzt auf die Besetzung beharren wolle. Sie erkenne die Wahl auch als eine Gelegenheit, zu schauen, wie die bisherigen Vertreter ihr Mandat wahrgenommen haben.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass innerhalb dieser Wahlperiode bereits mehrfach aufgrund des Ausscheidens neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt wurden, wobei immer das vorgeschlagene Verfahren angewandt wurde. Man habe es bei dieser Problematik sowohl mit dem Gesellschaftsrecht als auch mit der Kommunalordnung zu tun, wobei die Kommunalordnung hier das höherrangige Recht sei. Demnach gebe es keine geborenen Mitglieder und es seien alle Mitglieder durch den Stadtrat zu wählen.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) erklärt, dass der Stadtrat prinzipiell jederzeit die Möglichkeit habe, einen Aufsichtsrat abzuberaufen und neu zu berufen. Und genau das erfolge heute und er sehe darin überhaupt kein rechtliches Problem.

Herr Bürgermeister Runkel verweist ergänzend auf ein Schreiben vom 19.02.2007 des Sächsischen Innenministeriums, in welchem nochmals ausdrücklich darauf verwiesen werde, dass für die Entsendung und Abberufung von Mitgliedern der Gemeinde in den Aufsichtsrat eines Unternehmens mit kommunalen Beteiligungen gemäß § 98 Absatz 2 in Verbindung mit 42 Absatz 2 Sächsische Gemeindeordnung maßgebend sei.

Punkt 1 des Beschlussvorschlages – Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (47 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

Punkt 2 des Beschlussvorschlages – Wahl der Aufsichtsratsmitglieder

Vertreter der Verwaltung

Vorgeschlagen werden Frau Barbara Ludwig und Herr Berthold Brehm.

Da es Widerspruch zur offenen Wahl gibt, wird die Wahl geheim durchgeführt.

Als Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates vorgeschlagen. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert die Stimmzettel und das Wahlverfahren. Da es keinen Widerspruch gibt, werden die zwei Vertreter der Verwaltung in einem Wahlgang mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln gewählt.

- Wahlhandlung -

Die Wahlergebnisse zu den jeweiligen Beschlussvorlagen werden aufgrund der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit am Ende des entsprechenden Tagesordnungspunktes aufgeführt, auch wenn sie erst zu einem späteren Tagesordnungspunkt durch die Oberbürgermeisterin bekannt gegeben wurden.

Wahlergebnis Frau Ludwig:

anwesende Stimmberechtigte: 53
abgegebene Stimmen: 53

davon
gültige Stimmen: 52
ungültige Stimmen: 1
Stimmenthaltungen 2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Frau Ludwig 40 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Frau Ludwig hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahlergebnis Herr Brehm:

anwesende Stimmberechtigte: 53
abgegebene Stimmen: 53

davon
gültige Stimmen: 52
ungültige Stimmen: 1
Stimmenthaltungen 3

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Herr Brehm 37 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Herr Brehm hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Weitere Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen fünf Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE

Herr Thomas Scherzberg
Herr Hans-Joachim Siegel

Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion

Frau Margitta Hochmuth

Wahlvorschlag 3: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Martin Schmidt

Wahlvorschlag 4: SPD-Fraktion

Herr Axel Brückom
Herr Detlef Müller

Wahlvorschlag 5: Fraktion FDP

Herr Dr. Dieter Füsslein

Wahlvorschlag 6: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Herr Benjamin Jahn

Da mehr Wahlvorschläge vorliegen als Plätze zu besetzen sind, findet Verhältniswahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Drechsler, Herr Lohse und Frau Pester sowie als Schriftführer Herr Haase von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Lohse als ihre Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	52
abgegebene Stimmen:	52
davon	
gültige Stimmen:	51
ungültige Stimmen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1:	10 Stimmen
Wahlvorschlag 2:	13 Stimmen
Wahlvorschlag 3:	15 Stimmen
Wahlvorschlag 4:	10 Stimmen
Wahlvorschlag 5:	7 Stimmen
Wahlvorschlag 6:	6 Stimmen

Somit sind gewählt:

Herr Thomas Scherzberg
Frau Margitta Hochmuth
Herr Axel Brückom
Herr Dr. Dieter Füsslein
Herr Benjamin Jahn

Externer Sachverständiger

Vorgeschlagen wird Herr Stephan Enzmann.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(44 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-146/2011

1. Der Stadtrat beschließt die bisherigen vom Stadtrat gewählten Aufsichtsratsmitglieder der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, Herrn Axel Brückom (SPD-Fraktion), Frau Margitta Hochmuth (CDU-Ratsfraktion), Herrn Detlef Müller (SPD-Fraktion), Herrn Thomas Scherzberg (Fraktion DIE LINKE), Herrn Hans-Joachim Siegel (Fraktion DIE LINKE) und Herrn Stephan Enzmann (externer Sachverständiger) der Gesellschafterversammlung der VVHC zur Abberufung vorzuschlagen.
2. Der Stadtrat bestellt widerruflich die u. g. Personen als Aufsichtsratsmitglieder der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) und schlägt diese der Gesellschafterversammlung der VVHC zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

Verwaltungsvertreterin	Frau Barbara Ludwig
Verwaltungsvertreter	Herr Berthold Brehm
externer Sachverständiger	Herr Stephan Enzmann
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Thomas Scherzberg
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Margitta Hochmuth
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Axel Brückom
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Dieter Füsslein
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Benjamin Jahn

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schlägt vor, während der Auszählung der Wahlergebnisse in der Tagesordnung mit Beschlussvorlagen, welche keine Wahlen beinhalten, fortzufahren. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

- 8.9 Änderung bei Beteiligungen der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC)
Vorlage: B-107/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt20
-

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, warum die Beschlusspunkte 1 bis 4 in einer Beschlussvorlage vorliegen, obwohl nach ihrer Auffassung die Punkte 1 und 2 sowie 3 und 4 in getrennten Vorlagen behandelt werden müssten.

Frau Härtel (Amtsleiterin Amt 20) erklärt, dass es sich hier zwar um zwei verschiedene Vorgänge der VVHC handele. Da jedoch die Möglichkeit besteht, habe die Verwaltung der Einfachheit halber entschieden, beide Sachverhalte in einer Beschlussvorlage zu behandeln.

Beschluss B-107/2011

Der Stadtrat beschließt den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) zu ermächtigen,

1. dem Verkauf von 50 % der Anteile an der make IT GmbH (make IT) an die energie in sachsen GmbH & Co. KG zuzustimmen,
2. den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der make IT gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage einschließlich ggf. erforderlicher redaktioneller Änderungen zuzustimmen,
3. die Geschäftsführung der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) zu ermächtigen, in einer Gesellschafterversammlung der Kommunalen Versorgungsdienstleistungsgesellschaft Chemnitz mbH (KVC) eine Erhöhung des Stammkapitals von derzeit EUR 25.000 um EUR 25.000 auf EUR 50.000 gegen Sacheinlage zu beschließen,
4. der Änderung des Gesellschaftsvertrages der KVC gemäß Anlage 4 der Beschlussvorlage einschließlich ggf. erforderlicher redaktioneller Änderungen zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen)**

- 8.10 Neufassung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-039/2011 Einreicher: Dezernat 2/ASR
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-039/2011

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.5 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Kommunalen Versorgungsdienstleistungsgesellschaft Chemnitz mbH
Vorlage: B-147/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 20
-

Punkt 1 des Beschlussvorschlages – Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Punkt 2 des Beschlussvorschlages – Wahl der Aufsichtsratsmitglieder

Vertreter der Verwaltung

Vorgeschlagen werden Frau Barbara Ludwig und Herr Berthold Brehm.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(43 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
7 Stimmenthaltungen)**

Frau Ludwig und Herr Brehm haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind somit gewählt.

Externe Sachverständige

Vorgeschlagen werden Herr Stephan Enzmann, Herr Uwe Albert, Herr Wolfgang Beyer, Herr Andreas Lochter, Herr Uwe Reichel.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Weitere Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen fünf Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE

Herr Thomas Scherzberg
Herr Hans-Joachim Siegel

Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion

Frau Margitta Hochmuth

Wahlvorschlag 3: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Martin Schmidt

Wahlvorschlag 4: SPD-Fraktion

Herr Detlef Müller
Herr Axel Brückom

Wahlvorschlag 5: Fraktion FDP

Herr Dr. Dieter Füsslein

Wahlvorschlag 6: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Herr Benjamin Jahn

Da mehr Wahlvorschläge vorliegen als Plätze zu besetzen sind, findet Verhältniswahl statt.

Als Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates vorgeschlagen. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 52
abgegebene Stimmen: 52

davon
gültige Stimmen: 52
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1:	10 Stimmen
Wahlvorschlag 2:	14 Stimmen
Wahlvorschlag 3:	7 Stimmen
Wahlvorschlag 4:	10 Stimmen
Wahlvorschlag 5:	7 Stimmen
Wahlvorschlag 6:	4 Stimmen

Somit sind gewählt:

Herr Thomas Scherzberg
Frau Margitta Hochmuth
Herr Martin Schmidt
Herr Detlef Müller
Herr Dr. Dieter Füsslein

Beschluss B-147/2011

1. Der Stadtrat beschließt die bisherigen vom Stadtrat gewählten Aufsichtsratsmitglieder der Kommunalen Versorgungsdienstleistungsgesellschaft Chemnitz mbH (KVC) Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, Herrn Axel Brückom (SPD-Fraktion), Herrn Dr. Dietmar Füsslein (Fraktion FDP), Frau Margitta Hochmuth (CDU-Ratsfraktion), Herrn Detlef Müller (SPD-Fraktion), Herrn Thomas Scherzberg (Fraktion DIE LINKE), Herrn Uwe Albert (Arbeitnehmersvertreter), Herrn Wolfgang Beyer (Arbeitnehmersvertreter), Herrn Andreas Lochter (Arbeitnehmersvertreter), Herrn Uwe Reichelt (Arbeitnehmersvertreter) und Herrn Stephan Enzmann (externer Sachverständiger) der VVHC zur Abberufung vorzuschlagen.
2. Der Stadtrat wählt die u. g. Personen als Aufsichtsratsmitglieder der Kommunalen Versorgungsdienstleistungsgesellschaft Chemnitz mbH (KVC) und schlägt diese der VVHC zur widerruflichen Bestellung den Aufsichtsrat vor:

Verwaltungsvertreterin	Frau Barbara Ludwig
Verwaltungsvertreter	Herr Berthold Brehm
externer Sachverständiger	Herr Stephan Enzmann
Arbeitnehmersvertreter	Herr Uwe Albert
Arbeitnehmersvertreter	Herr Wolfgang Beyer
Arbeitnehmersvertreter	Herr Andreas Lochter
Arbeitnehmersvertreter	Herr Uwe Reichelt
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Thomas Scherzberg
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Margitta Hochmuth
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Martin Schmidt
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Detlef Müller
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Dieter Füsslein

- 8.11 Neufassung der Betriebssatzung des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-040/2011 Einreicher: Dezernat 2/ESC
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-040/2011

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Betriebssatzung des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

- 8.12 Neufassung der Betriebssatzung des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-078/2011 Einreicher: Dezernat 2/FBB
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-078/2011

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Betriebssatzung des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 8.13 Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Das TIETZ"
Vorlage: B-082/2011 Einreicher: Dezernat 2/Eigenbetrieb "Das TIETZ"
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-082/2011

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes „Das TIETZ“ der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Frau Frech (Abteilungsleiterin Abt. 15.4) informiert darüber, dass es seitens Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine Intervention zum Ergebnis der Verhältniswahl zur Beschlussvorlage B-146/2011 (TOP 8.4) gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass zur Klärung des Problems eine Pause bis 17:30 eingelegt werde.

Pause von 17:15 bis 17:30 Uhr

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass durch die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Beschlussvorlage B-146/2011 dieser Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung abgeschlossen sei. Da aber die Intervention der Frau Zais nachvollziehbar sei, werde sie diese Wahl in der nächsten Sitzung des Stadtrates nochmals auf die Tagesordnung setzen.

- 8.14 Vorschlag zur Neuwahl des Vorstandes der Kinder- und Jugendstiftung
"Johanneum"
Vorlage: B-095/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 8.6 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
Vorlage: B-148/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 20
-

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion FDP ausgereicht.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) zieht Herrn Ziems als Wahlvorschlag seiner Fraktion zu dieser Beschlussvorlage zurück.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(11 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Punkt 1 des Beschlussvorschlages – Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Punkt 2 des Beschlussvorschlages – Wahl der Aufsichtsratsmitglieder

Vertreter der Verwaltung

Vorgeschlagen werden Frau Barbara Ludwig und Herr Berthold Brehm.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)

Frau Ludwig und Herr Brehm haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind somit gewählt.

Weitere Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen drei Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Peter Neubert

Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion

Herr Tino Fritzsche

Wahlvorschlag 3: SPD-Fraktion

Herr Dr. Christoph Gericke

Wahlvorschlag 4: Fraktion FDP

Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß

Da mehr Wahlvorschläge vorliegen als Plätze zu besetzen sind, findet Verhältniswahl statt.

Als Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates vorgeschlagen. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 52
abgegebene Stimmen: 52

davon
gültige Stimmen: 50
ungültige Stimmen: 2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1: 14 Stimmen
Wahlvorschlag 2: 14 Stimmen
Wahlvorschlag 3: 13 Stimmen
Wahlvorschlag 4: 10 Stimmen
Wahlvorschlag 5: 9 Stimmen

Somit sind gewählt:

Herr Dr. Peter Neubert
Herr Tino Fritzsche
Herr Dr. Christoph Gericke

Beschluss B-148/2011

1. Der Stadtrat beschließt die bisherigen vom Stadtrat gewählten Aufsichtsratsmitglieder der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, Herrn Dr. Christoph Gericke (SPD-Fraktion), Herrn Tino Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) und Herrn Prof. Dr. Andreas Schmalfluss (Fraktion FDP) der VVHC zur Abberufung vorzuschlagen.

2. Der Stadtrat wählt die u. g. Personen als Aufsichtsratsmitglieder der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG und schlägt diese der VVHC zur Entsendung in den Aufsichtsrat der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG vor:

Verwaltungsvertreterin	Frau Barbara Ludwig
Verwaltungsvertreter	Herr Berthold Brehm
Stadtrat	Herr Dr. Peter Neubert
Stadtrat	Herr Tino Fritzsche
Stadtrat	Herr Dr. Christoph Gericke

- 8.16 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 09/19 Wohngebiet Bernhardstraße/Charlottenstraße
Vorlage: B-088/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass innerhalb kurzer Zeit drei aneinander grenzende vorhabenbezogene Bebauungspläne von drei unterschiedlichen Bauträgern dem Stadtrat vorgelegt wurden. Dabei sei Kern des Anstoßes die Verfahrensweise zur Energienutzung. Durch die drei künftigen aneinandergrenzenden Eigenheimsiedlungen ziehe sich eine Fernwärmetrasse. Um die Eigenheime anzuschließen, sei ein gewisser technischer Aufwand notwendig, der auch refinanziert werden müsse. Fraglich sei, ob diese Investition auch noch unwirtschaftlich wäre, wenn alle drei Vorhaben zusammen erfolgen würden. Diese Frage bleibe unbeantwortet, da zum einen die Prüfung aller Vorhaben gemeinsam nicht erfolgt sei und zum anderen der Wille fehle, konsequent Fernwärme zu nutzen. Da es sich um eine innerstädtische Lückenbebauung für Siedlungswohnungsbau handle, werde seine Fraktion nicht gegen die Vorlage stimmen, sondern sich der Stimme enthalten. In Punkto Abwägung Fernwärme oder Gas erwarte seine Fraktion auch von der eins energie in sachsen künftig, dass Klimaschutzaspekte mehr Beachtung finden.

Frau Bürgermeisterin Wessler informiert, dass anlässlich dieser Vorlagen der Energieversorger eingeladen wurde. Die drei vorhabenbezogenen Bebauungspläne waren einzeln zu behandeln. Im Ergebnis wurden die Vorlagen abgestimmt mit den einzelnen Vorhabenträgern und dem Energieversorger vorgelegt.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt im Zusammenhang mit den Lärmschutzwänden, dass man dem Lärm schon dadurch begegnen könne, wenn man die Straße erneuern würde. Er möchte ferner wissen, ob das betreffende Gebiet unbedingt als reines Wohngebiet ausgewiesen werden müsse oder auch ein allgemeines Wohngebiet sein könne.

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) sagt, dass er der Vorlage zustimmen werde. Aber grundsätzlich solle man in der Verwaltung darüber nachdenken, inwiefern satzungsrechtliche Vorranggebiete für die Energieversorgung im Zusammenwirken mit dem Energieträger auszuweisen seien. Er bittet darum, dass entsprechende Überlegungen im zuständigen Fachausschuss vorgestellt werden.

Frau Bürgermeisterin Wessler erklärt, dass dem nichts entgegenstehe. Dies könne auch im Kontext des gesamten Klimaschutzprogramms ein Thema sein.

Beschluss B-088/2011
Der Stadtrat beschließt

1. die Abwägungen zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/19 Wohngebiet Bernhardstraße/Charlottenstraße.

2. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit §§ 13a und 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/19 Wohngebiet Bernhardstraße/Charlottenstraße bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), in der Fassung vom 09.03.2011 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) als Satzung.
3. Die Begründung in der Fassung vom 09.03.2011 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
14 Stimmenthaltungen)

- 8.7 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft
Vorlage: B-149/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 20
-

Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages – Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Punkt 3 des Beschlussvorschlages – Wahl der Vertreter der Verwaltung

Vorgeschlagen werden Frau Barbara Ludwig und Frau Petra Wessler.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
5 Stimmenthaltungen)

Frau Ludwig und Frau Wessler haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind somit gewählt.

Punkt 4 des Beschlussvorschlages – Wahl der Externen Sachverständigen und der weiteren Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Externe Sachverständige

Vorgeschlagen werden Frau Prof. Cornelia Zanger und Herr Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Weitere Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen vier Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE

Herr Heiko Schinkitz

Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion

Herr Jürgen Leistner

Wahlvorschlag 3: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Martin Schmidt

Wahlvorschlag 4: SPD-Fraktion

Herr Detlef Müller

Wahlvorschlag 5: Fraktion FDP

Herr Wolfgang Lesch

Da mehr Wahlvorschläge vorliegen als Plätze zu besetzen sind, findet Verhältniswahl statt.

Als Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführer Herr Haase von der Geschäftsstelle des Stadtrates vorgeschlagen. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	52
abgegebene Stimmen:	52
davon	
gültige Stimmen:	52
ungültige Stimmen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1:	11 Stimmen
Wahlvorschlag 2:	14 Stimmen
Wahlvorschlag 3:	4 Stimmen
Wahlvorschlag 4:	12 Stimmen
Wahlvorschlag 5:	10 Stimmen

Somit sind gewählt:

Herr Heiko Schinkitz
Herr Jürgen Leistner
Herr Detlef Müller
Herr Wolfgang Lesch

Beschluss B-149/2011

1. Der Stadtrat beschließt das bisherige vom Stadtrat gewählte und entsandte Aufsichtsratsmitglied der Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft (CVAG) Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig als Aufsichtsratsmitglied der CVAG abzuberufen.
2. Der Stadtrat beschließt die bisherigen vom Stadtrat gewählten Aufsichtsratsmitglieder der Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft (CVAG) Herrn Jürgen Leistner (CDU-Ratsfraktion), Herrn Wolfgang Lesch (Fraktion FDP), Herrn Detlef Müller (SPD-Fraktion), Herrn Heiko Schinkitz (Fraktion DIE LINKE), Herrn Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann (externer Sachverständiger) und Frau Prof. Cornelia Zanger (externe Sachverständige) der Hauptversammlung der CVAG zur Abberufung vorzuschlagen.
3. Der Stadtrat wählt und entsendet widerruflich die u. g. Personen in den Aufsichtsrat der Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft (CVAG):

Verwaltungsvertreterin	Frau Barbara Ludwig
Verwaltungsvertreterin	Frau Petra Wesseler
4. Der Stadtrat wählt folgende Personen und schlägt diese der Hauptversammlung der Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft (CVAG) für die Wahl in den Aufsichtsrat der CVAG vor:

externe Sachverständige	Frau Prof. Cornelia Zanger
externer Sachverständiger	Herr Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Heiko Schinkitz
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Jürgen Leistner
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Detlef Müller
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Wolfgang Lesch

- 8.17 Bauausführungsbeschluss für den Ausbau der Zschopauer Straße (B 174) zwischen Südring und Bergfrieden und Umbau der Zschopauer Straße "alt" bis Hermersdorfer Straße
Vorlage: B-031/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) geht auf die Beschlussvorlage ein und sagt, da die Straße für die nächsten 30 bis 40 Jahre gebaut werden solle, müsse eine Verkehrsprognose für diesen Zeitraum vorliegen. Er stelle fest, dass bereits jetzt eine Erhöhung der geplanten Kosten in Höhe von 80.000 € vorliege, die zum größten Teil auf Eigenmittel der Stadt Chemnitz gehen. Zu den Gesamt- und Unterhaltungskosten sagt er, dass zu hinterfragen sei, ob diese Summe unter derzeitigen Gesichtspunkten noch zeitgemäß sei. Die Unterhaltungskosten werden um ca. 52.000 € steigen. Allein aus diesen drei Gründen sei für seine Fraktion die Vorlage vor allem finanzpolitisch nicht zustimmungsfähig und er bittet, die Vorlage abzulehnen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ist erfreut darüber, dass endlich die Beschlussvorlage zur B 174 vorliege. Mit dem Bau werde eine komfortable Straßenanlage gebaut, mit der ein Nadelöhr aufgelöst werde und es Überquerungen, Ampeln u. ä. gebe. Den größten Nutzen hiervon werden die Anlieger haben. Auch mit der Tatsache, dass 75 % der Kosten vom Land finanziert werden, sei ein neues Verständnis zwischen dem Freistaat und Chemnitz erkennbar.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) stellt richtig, dass die 80.000 € keine Mehrkosten darstellen, sondern aufgrund einer andere Berechnungsgrundlage durch das Strecken der Vorbereitungsarbeiten entstehen. Er wirbt für die Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Entscheidung für die Zschopauer Straße ihre Ursache darin habe, dass der Südring stadtnah errichtet wurde. Hier hätte man eine andere Variante beschließen können, die sicher um viele Mio. € günstiger gewesen wäre. Er gibt zu beachten, dass jede neue Straße mehr Verkehr mit sich bringe und sich ggf. für die Anwohner nichts ändern werde. Er fragt, ob es gegenwärtig Widerspruchsverfahren von Anliegern gebe.

Frau Bürgermeisterin Wessler informiert, dass keine einzige Klage vorliege.

Beschluss B-031/2011

Der Stadtrat beschließt den Bauausführungsbeschluss zum koordinierten Ausbau der Zschopauer Straße (B 174) zwischen Südring und Bergfrieden und den Umbau der Zschopauer Straße „alt“ bis Hermersdorfer Straße vorbehaltlich der Gewährung von Fördermitteln.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

- 8.8 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und
Entwicklungsgesellschaft mbH - CWE -
Vorlage: B-150/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 20
-

Punkt 1 des Beschlussvorschlages – Abberufung der bisherigen Aufsichtsrats-
mitglieder

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (45 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
 3 Stimmenthaltungen)**

Punkt 2 des Beschlussvorschlages – Wahl der Aufsichtsratsmitglieder

Vertreter der Verwaltung

Vorgeschlagen werden Frau Barbara Ludwig und Herr Berthold Brehm.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
 (46 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
 5 Stimmenthaltungen)**

Frau Ludwig und Herr Brehm haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind
somit gewählt.

Externe Sachverständige

Vorgeschlagen werden Herr Nils Kroemer, Herr Dietmar Mothes und Herr
Prof. Dr. Fuchs.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
 (49 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Weitere Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen vier Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE

Herr Karl-Friedrich Zais

Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion

Herr Dr. Gerhard Schultz

Wahlvorschlag 3: SPD-Fraktion

Herr Axel Brückom

Wahlvorschlag 4: Fraktion FDP

Herr Bernd Reinshagen

Da nur so viele Wahlvorschläge vorliegen wie Plätze zu besetzen sind und es keinen Widerspruch gibt, kommt die Wahl der Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates in den Aufsichtsrat der CWE durch Einigung zustande.

Beschluss B-150/2011

1. Der Stadtrat beschließt die bisherigen vom Stadtrat gewählten Aufsichtsratsmitglieder: der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH - CWE - Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, Herrn Axel Brückom (SPD - Fraktion), Herrn Bernd Reinshagen (Fraktion FDP), Herrn Dr. Gerhard Schultz (CDU -Ratsfraktion), Herrn Karl Friedrich Zais (DIE LINKE), Herrn Dr. Nils Kroemer (externer Sachverständiger), Herrn Dietmar Mothes (externer Sachverständiger) und Prof. Dr. Hilmar Fuchs (externer Sachverständiger) abzuberufen.
2. Der Stadtrat wählt und bestellt die u. g. Personen in den Aufsichtsrat der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH - CWE -

Verwaltungsvertreterin	Frau Barbara Ludwig
Verwaltungsvertreter	Herr Berthold Brehm
Externer Sachverständiger	Herr Nils Kroemer
Externer Sachverständiger	Herr Dietmar Mothes
Externer Sachverständiger	Herr Prof. Dr. Fuchs
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Karl-Friedrich Zais
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Gerhard Schulz
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Axel Brückom
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Bernd Reinshagen

- 8.15 Wahl einer Friedensrichterin/eines Friedensrichters für den Schiedsstellenbezirk III der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-127/2011 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30
-

Da nur ein Platz zu besetzen ist und es mehrere Kandidaten gibt, findet gemäß § 39 (7) SächsGemO geheime Wahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	52
abgegebene Stimmen:	51
davon	
gültige Stimmen:	49
ungültige Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Manuela Forster	15 Stimmen
Antonella Krippner	1 Stimmen
Jelena Hoffmann	5 Stimmen
Karin Mickan	2 Stimmen
Heiko Reichl	1 Stimme
Hans-Jürgen Bieber	5 Stimmen
Oliver Treydel	1 Stimme
Herberg Soremski	0 Stimmen
Sonja Hoffmann	15 Stimmen
Monika Ziegler	4 Stimmen

Es hat kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erreicht. Somit erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Kandidatinnen Frau Manuela Forster und Frau Sonja Hoffmann.

Stichwahl

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	50
abgegebene Stimmen:	50
davon	
gültige Stimmen:	48
ungültige Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Manuela Forster	25 Stimmen
Sonja Hoffmann	22 Stimmen

Frau Manuela Forster hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit als Friedensrichterin gewählt.

Beschluss B-127/2011

Der Stadtrat wählt für den Schiedsstellenbezirk III Frau Manuela Forster als Friedensrichterin.

9 Informationsvorlagen

- 9.1 Tätigkeitsbericht der Ausländerbeauftragten der Stadt Chemnitz 01.05.2010 - 30.04.2011
Vorlage: I-036/2011 Einreicher: Dezernat 5/Ausländerbeauftragte der Stadt Chemnitz
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2 Tätigkeitsbericht der Behindertenbeauftragten der Stadt Chemnitz für das Jahr 2010
Vorlage: I-037/2011 Einreicher: Dezernat 5/Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.3 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten 01.01.2010 - 31.12.2010
Vorlage: I-042/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.4 Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises Korruptionsprävention und der Anti-Korruptionskoordinatorin der SVC sowie des Ombudsmannes im Zeitraum Januar bis Dezember 2010
Vorlage: I-040/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14 Anti-Korruptionskoordinatorin
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10 Beschlussanträge

- 10.1 Durchführung eines Bürgerentscheids zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen
Vorlage: BA-012/2011 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) verliest den korrigierten Wortlaut des Beschlussvorschlages, welcher ausgereicht wurde. Sie sagt, dass die Fraktion DIE LINKE den Beschlussantrag mit einbringe, da ihr das Anliegen des Kreiselternerates am Herzen liege, da dieser am nächsten an den Schülern dran sei und mit Sachverstand die Problematik am besten einschätze könne. Eine Alternative zum Beschlussantrag sei, dass nach erfolgter Akteneinsicht der Beschluss zur Nichtzulässigkeit des Bürgerbegehrens ggf. aufgehoben werden müsse. Sie weist darauf hin, dass die Klassenstärken in Chemnitz bereits gestiegen seien. Dies heiße, dass sich die Lernbedingungen für die Schüler verschlechtert haben.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, was die Durchführung eines Bürgerentscheides kosten würde und wie dieser finanziert werden solle.

Ferner fragt er, inwieweit Herr Bürgermeister Runkel verpflichtet sei, den einreichenden Fraktionen eine Änderung des Beschlusstextes vorzuschlagen, obwohl dieser seiner Meinung zuwider laufe.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) erklärt, dass er gegen die geänderte Satzung gestimmt habe. Mittlerweile sei er ein Befürworter des neuen Schulnetzes und für die Durchführung des Bürgerentscheids, da die Thematik so viele Bürger betreffe. Deshalb solle dies den Chemnitzern zur Entscheidung vorgelegt werden. Hier scheue er auch nicht die Kosten, da dies für die Einbeziehung der Bürger und für ein demokratisches System eben erforderlich sei.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass ein Bürgerentscheid in diesem Falle keine gelebte Demokratie sei. Die Stadtratsmitglieder wurden als Vertreter der Bürger demokratisch gewählt und haben am 26.01.2011 mit deutlicher Mehrheit den nun vorliegenden Beschluss zu den Grundschulbezirken gefasst. Die erforderlichen Unterschriften für ein Bürgerbegehren wurden nicht erreicht, somit müsse jetzt anerkannt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung das Schulnetz möchte, wie es vom Stadtrat beschlossen wurde. Demokratie bedeute auch, das Ergebnis der Mehrheit zu akzeptieren. Eine Investition in einen Bürgerentscheid könne gegenüber der Mehrheit der Chemnitzer nicht gerechtfertigt werden.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass seine Fraktion für mehr Demokratie stehe und es mit dem Beschlussantrag nicht um eine Entscheidung über den Inhalt, sondern für die Demokratie gehe.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, die Anzahl der gesammelten Unterschriften zeige, dass die Bürger beteiligt werden möchten. Sie weist darauf hin, dass die Stadtratsmitglieder aufgrund der Wahlbeteiligung nicht von der Mehrheit der Chemnitzer legitimiert wurden. Die Bürgerbeteiligung sei ein verfassungsmäßiges Recht und auch der Präsident des Deutschen Städtetages betone die Wichtigkeit der Einbeziehung von Bürgern in politische Entscheidungen. Sie sagt, dass Bürger oftmals bemängeln nicht wirklich mitentscheiden zu können. Mit dem Bürgerentscheid würde die Beteiligung ermöglicht werden.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) äußert, dass nicht außer Acht gelassen werden dürfe, dass die Unterschriften unter Vorspielung falscher Tatsachen geworben wurden. Er bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

... damit müssen die Grundschulen in Kleinolbersdorf-Altenhain, Euba und Röhrsdorf geschlossen werden.“

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass seine Fraktion dem Beschluss zugestimmt habe. Das Misstrauen der Bürger könne nur bereinigt werden, indem gezeigt werde, dass der Beschluss die beste Wirkung für die Schüler habe. Sollte dem nicht so sein, könne der Stadtrat den Beschluss selbst korrigieren. Deshalb sei es heute nicht angezeigt, einen Bürgerentscheid zu beschließen.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) betont, dass es nicht darum gehe, dass die CDU-Ratsfraktion die Bürger nicht beteiligen möchte. Es müsse aber die Mehrheit zum Tragen kommen.

namentliche Abstimmung

Frau	Barthold	Ja
Herr	Bauer	Ja
Herr	Brückom	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Nein
Herr	Dr. Füsslein	Nein
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Ja
Herr	Haase	Nein
Frau	Hochmuth	Nein
Herr	Höfler	Nein
Herr	Höhnel	Nein
Herr	Hopperdietzel	Ja
Herr	Horváth	Ja
Herr	Jahn	Nein
Frau	Kempe	Nein
Herr	Kempe	Nein
Frau	Knorr	Ja
Frau	Köhler	Nein
Herr	Kohlmann	Nein
Herr	Konrad	Nein
Herr	Kraneis	Ja
Herr	Dr. Langer	Ja
Herr	Lehmann	Ja
Herr	Lohse	Nein
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Nein
Herr	Möstl	Ja
Herr	Dr. Müller	Nein
Herr	Müller	Stimmenthaltung
Herr	Neubert	Ja
Herr	Otto	Ja
Frau	Pastor	Ja
Frau	Patt	Nein
Frau	Pester	Ja
Herr	Reinshagen	Nein
Frau	Saborowski-Richter	Nein
Frau	Schaper	Ja
Herr	Scherzberg	Ja
Frau	Schinkitz	Ja
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	Nein
Herr	Schmidt	Ja
Herr	Dr. Schubert	Nein
Herr	Schultz	Nein
Herr	Schulze	Ja
Herr	Siegel	Nein
Frau	Szymenderski	Ja

Herr	Tillmann	Nein
Herr	Ulbrich	Nein
Herr	Wolf	Ja
Frau	Zais	Ja
Herr	Ziems	Nein

Beschluss BA-012/2011

Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheides zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen mit folgender Fragestellung:

„Sind Sie dafür, dass in der Stadt Chemnitz ab dem Schuljahr 2012/2013 die Grundschulbezirke dahingehend geändert werden, dass wieder die Grundschulbezirkseinteilung gilt, die bis zu der vom Stadtrat der Stadt Chemnitz am 26.01.2011 beschlossenen Satzung zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen (Beschluss-Nr. B-012/2011) wirksam war?“

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt, da die erforderliche
2/3-Mehrheit nicht erreicht wurde
(26 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 10.2 Fortschreibung des Konzepts zur Deckung des mittel- und langfristigen Personal- und Fortbildungsbedarfs
Vorlage: BA-010/2011 Einreicher: Fraktion FDP, CDU-Ratsfraktion
-

Zum Beschlussantrag wurde unter TOP 2 Nichtbefassung beschlossen.

- 10.3 Ergo- und Logopädie in Kitas
Vorlage: BA-013/2011 Einreicher: CDU-Ratsfraktion
-

Zum Beschlussantrag wurde unter TOP 2 Nichtbefassung beschlossen.

- 11 Bestimmung von zwei Stadratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Dr. Schubert (CDU-Ratsfraktion)** bestätigt.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schließt die Sitzung

16.06.2011 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

20.06.2011 *Otto*
Datum Otto
Mitglied
des Stadtrates

20.06.2011 *V. Schubert*
Datum Dr. Schubert
Mitglied
des Stadtrates

15.06.2011 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin